



Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordnete Cornelia Lüddemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sanktionen gemäß § 31, 31a, 31b und § 32 SGB II in Sachsen-Anhalt

Kleine Anfrage - **KA 6/7453**

Vorbemerkung des Fragestellenden:

In Sachsen-Anhalt stellen sich die Sanktionierungsquoten im Rahmen des § 31 und § 32 SGB II sehr unterschiedlich dar. Waren im Salzlandkreis im Jahr 2010 1,5 % der arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) min. einmal von Sanktionen betroffen, so in Magdeburg 8 % der eLb. Diese große Spreizung legt nahe, dass Anzahl und Umfang der Sanktionen auch auf die unterschiedliche Verwaltungspraxis der SGB II-Träger zurückgeht.

Antwort der Landesregierung erstellt vom Ministerium für Arbeit und Soziales

Vorbemerkung:

Die Sanktionierung einer erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person im Regelkreis des SGB II erfordert die gesetzlich definierte Verletzung einer Pflicht seitens der/des Betroffenen. Die Pflichtverletzung kann beispielsweise in der Ablehnung einer zumutbaren Arbeit, der Nichterfüllung einer in der Eingliederungsvereinbarung festgelegten Pflicht oder in der unterlassenen Wahrnehmung eines Meldetermins im Jobcenter begründet sein. Eine abschließende Aufzählung des sanktionsbewehrten Pflichtenkatalogs kann den §§ 31 und 32 SGB II entnommen werden. Liegt eine solche Pflichtverletzung bei ordnungsgemäßer Rechtsfolgenbelehrung bzw. bei Kenntnis der Rechtsfolgen vor (§ 31 Absatz 1, erster Halbsatz SGB II), so hat das Jobcenter über den Eintritt einer Sanktion zu entscheiden, deren finanzielles Ausmaß von

Hinweis: Die Drucksache steht vollständig digital im Internet/Intranet zur Verfügung. Die Anlage ist in Word als Objekt beigefügt und öffnet durch Doppelklick den Acrobat Reader. Bei Bedarf kann Einsichtnahme in der Bibliothek des Landtages von Sachsen-Anhalt erfolgen oder die gedruckte Form abgefordert werden.

(Ausgegeben am 14.05.2012)

der Art und Häufigkeit der Pflichtverletzung abhängt. Dabei handelt es sich nicht um eine Ermessens-, sondern um eine gebundene Entscheidung des Grundsicherungsträgers. Diese umfasst zugleich eine Prüfung, ob ein wichtiger Grund vorliegt, der die Pflichtverletzung rechtfertigt und somit den Eintritt einer Sanktion ausschließt.

Die Häufigkeit von Sanktionen hängt ebenfalls erheblich davon ab, in welcher Frequenz die einzelnen Jobcenter leistungsberechtigten Personen Stellenangebote unterbreiten, in welchem Umfang zumutbare Eigenaktivitäten im Rahmen von Eingliederungsvereinbarungen gefordert und wie oft Leistungsberechtigte zu Vermittlungszwecken eingeladen werden. Insofern ist für die Quote an Sanktionen nicht nur die Geschäftspolitik eines Jobcenters maßgeblich (z. B. die Kundenkontaktdichte), sondern diese wird auch ganz wesentlich durch die örtlichen Verhältnisse des Arbeitsmarktes mit bestimmt. Je dynamischer sich die Arbeitsmarktsituation darstellt, umso höher wird tendenziell auch die Anzahl neuer Sanktionen ausfallen.

Nach den vorliegenden statistischen Daten ist die Spreizung der Sanktionsquote im Land bei Weitem nicht so groß, wie in der Vorbemerkung der Fragestellerin dargelegt. Weitere Details hierzu können der Antwort zu den Fragen Nummern 1 bis 5 entnommen werden.

Frage Nr. 1:

Wie viele Personen beziehen Leistungen gemäß dem SGB II in Sachsen-Anhalt? Bitte einzeln für alle Jobcenter und sonstigen SGB II-Träger für 2007 bis 2011 angeben.

Frage Nr. 2:

Wie viele Personen waren gemäß § 31 Absatz 1 SGB II in den Jahren von 2007 bis 2011 in Sachsen-Anhalt von Sanktionen betroffen? Bitte einzeln für alle Jobcenter und sonstigen SGB II-Träger angeben und aufgeschlüsselt nach den Gründen für die Sanktion.

2.1: Wie viele dieser von Sanktionen betroffenen Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher lebten zum Zeitpunkt der Sanktion in Bedarfsgemeinschaften? Bitte auch als Vom-Hundert-Satz zur Gesamtzahl der sanktionierten Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher angeben.

2.2: Wie viele dieser von Sanktionen betroffenen Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher leben mit minderjährigen Kindern in einem Haushalt? Bitte auch als Vom-Hundert-Satz zur Gesamtzahl der sanktionierten Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher angeben.

Frage Nr. 3:

Wie hoch sind die Sanktionierungsquoten in Sachsen-Anhalt? Bitte einzeln für alle Jobcenter und sonstigen SGB II-Träger für die Jahre 2007 bis 2011 angeben.

Frage Nr. 4:

Wie viele Personen unter 25 Jahren waren gemäß § 31a Absatz 2 SGB II in den Jahren von 2007 bis 2011 in Sachsen-Anhalt von Sanktionen betroffen? Bitte einzeln für alle Jobcenter und sonstigen SGB II-Träger angeben und aufgeschlüsselt nach den Gründen für die Sanktion.

4.1: Wie viele dieser von Sanktionen betroffenen Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher unter 25 Jahren leben mit minderjährigen Kindern in einem Haushalt? Bitte auch als Vom-Hundert-Satz angeben zur Gesamtzahl der sanktionierten unter 25-Jährigen.

4.2: Wie viele dieser von Sanktionen betroffenen Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher unter 25 Jahren waren auch gemäß SGB VIII leistungsberechtigt? Bitte auch als Vom-Hundert-Satz angeben zur Gesamtzahl der Sanktionierten unter 25-Jährigen angeben.

4.3: Gibt es Kooperationsvereinbarungen zwischen den SGB II-Trägern und Trägern der Jugendhilfe in Sachsen-Anhalt? Wenn ja, welche Träger haben diese mit welchem Inhalt abgeschlossen?

Frage Nr. 5:

Wie viele Fälle gab es in Sachsen-Anhalt in den Jahren von 2007 bis 2011 bei denen durch Sanktionen das Arbeitslosengeld II komplett gestrichen wurde? Bitte einzeln für alle Jobcenter und sonstigen SGB II-Träger angeben und differenziert für unter und über 25-jährige Personen und den Gründen für die mehrfache Sanktionierung.

5.1: In wie vielen Fällen wurde durch diese komplette Streichung des Arbeitslosengeldes II das Gesamteinkommen der jeweiligen Bedarfsgemeinschaft für den Sanktionszeitraum auf 0 € gesetzt? Bitte einzeln für alle Jobcenter und sonstigen SGB II-Träger angeben sowie auch als Vom-Hundert-Satz zur Gesamtzahl der Sanktionsfälle.

Antwort zu Fragen Nr. 1 bis 5:

Die Fragen Nummern 1 bis 5 werden aufgrund des inneren Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Die Landesregierung geht davon aus, dass mit der Fragestellung nach Personen nur die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten gemeint sind, da nur diese von Sanktionen nach § 31 SGB II betroffen sein können. Zwar sind nach § 32 SGB II theoretisch Sanktionen wegen eines Meldeversäumnisses auch gegen nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte möglich. Diese spielen jedoch aufgrund der geringen Anzahl nur eine stark untergeordnete Rolle. Die Antworten können den in den Anlagen 1 und 2 beigefügten Tabellen entnommen werden, soweit Daten verfügbar bzw. mit zumutbarem Aufwand in der zur Verfügung stehenden Zeit zu beschaffen waren. Weiterführende Informationen können - ständig aktualisiert - über folgenden Link abgerufen werden:

http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Grund-sicherung-fuer-Arbeitsuchende-SGBII/Sanktionen/Sanktionen-Nav.html?year_month=201112

Zu Frage 4.3 ist der Landesregierung bekannt, dass die Jobcenter mit dem jeweiligen Träger der Jugendhilfe in der Regel Festlegungen und Verfahrensregelungen zur Kooperation getroffen haben, ohne dass diese in jedem Fall in einer schriftlichen Vereinbarung fixiert sind. Die Zusammenarbeit erfolgt sowohl auf strategischer Ebene als auch auf der Arbeitsebene. Nach den Rückmeldungen aus den Jobcentern wird die Zusammenarbeit zwischen beiden Trägern zumeist als gut und konstruktiv

eingeschätzt. Auf der Arbeitsebene sind die Ansprechpartner gegenseitig benannt worden, ein regelmäßiger Informationsaustausch wird gepflegt. Besonders zielführend sind gemeinsame Besprechungen zum weiteren Vorgehen im Einzelfall. Im Rahmen des Projekts „Arbeitsbündnis Jugend und Beruf“ arbeitet u. a. das Jobcenter Wittenberg seit 2011 intensiv mit dem jeweiligen kommunalen Partner zusammen. Weitere gemeinsame Einrichtungen werden die Zusammenarbeit mit dem Träger der Jugendhilfe im Jahr 2012 unter Nutzung der Erfahrungen der bestehenden Projekte noch forcieren.

Zur Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen dem Träger der Jugendhilfe und dem Träger der Grundsicherung hat die Bundesagentur für Arbeit für die gemeinsamen Einrichtungen das Beispiel einer Kooperationsvereinbarung zur Verfügung gestellt, das als Anlage 3 beigelegt ist. Den zugelassenen kommunalen Trägern steht es frei, eine ähnliche Vereinbarung ebenfalls einzugehen.

Frage Nr. 6:

Liegen der Landesregierung Erkenntnisse über Fälle vor, in denen die Sanktionierung zu Mietschulden und in Folge zu Wohnungslosigkeit führte?

Antwort zu Frage Nr. 6:

Dazu liegen der Landesregierung keine belastbaren Erkenntnisse vor.

Frage Nr. 7:

Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor über die Auswirkungen von Sanktionen auf die Lebenslage der Betroffenen? Insbesondere zu der Frage, wie Betroffene von Sanktionen den Einkommensausfall kompensieren.

Antwort zu Frage Nr. 7:

Dazu liegen der Landesregierung keine belastbaren Erkenntnisse vor. Die Landesregierung weist jedoch darauf hin, dass die Betroffenen bei Sanktionen über 30 % des Regelbedarfs nach § 31a Abs. 3 SGB II ergänzende Sachleistungen oder geldwerte Leistungen erhalten und damit den finanziellen Ausfall teilweise kompensieren können. Welche Einschränkungen letztlich aus der Minderung des Arbeitslosengelds II resultieren, hängt vom individuellen Verbrauchsverhalten der Betroffenen ab.

Frage Nr. 8:

Liegen der Landesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob sanktionierte Personen in Folge der Sanktionen den Kontakt zum SGB II-Träger abbrechen? Wenn ja, bitte Zahlen einzeln für alle Jobcenter und sonstigen SGB II-Träger angeben für die Jahre 2007 bis 2011.

Antwort zu Frage Nr. 8:

Dazu liegen der Landesregierung keine belastbaren Erkenntnisse vor. Hinzu kommt, dass Personen jederzeit den Kontakt zum SGB II-Träger aus verschiedenen Gründen abbrechen können, ohne dass der Zusammenhang mit einer Sanktion dafür ursächlich gewesen sein muss. Die Landesregierung weist ferner darauf hin, dass die Betroffenen auch während einer Sanktion Anspruch auf umfassende Unterstützung bei der Eingliederung in Arbeit und die Träger weiterhin die Verpflichtung haben, alle für die Eingliederung in Arbeit erforderlichen Leistungen zu erbringen.

Frage Nr. 9:

Wie viele von Sanktionen betroffene Leistungsempfänger in Sachsen-Anhalt haben gemäß § 31a Abs. 3 SGB II Sachleistungen oder geldwerte Leistungen beantragt? Bitte einzeln für alle Jobcenter und sonstigen SGB II-Träger angeben für die Jahre 2007 bis 2011. Bitte auch als Vom-Hundert-Satz angeben.

Frage Nr. 10:

Wie viele dieser Anträge auf Sachleistungen oder geldwerte Leistungen wurden genehmigt? Bitte einzeln für alle Jobcenter und sonstigen SGB II-Träger angeben für die Jahre 2007 bis 2011. Bitte auch als Vom-Hundert-Satz zur Gesamtzahl der Anträge angeben.

Antwort zu Fragen Nr. 9 und 10:

Dazu liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor, da diese Personengruppe statistisch nicht gesondert erfasst wird. Eine entsprechende gesetzliche Erfassungspflicht besteht nicht.

Frage Nr. 11:

Wie viele Widersprüche gegen Sanktionsbescheide wurden in Sachsen-Anhalt in den Jahren 2007 bis 2011 eingereicht? Bitte einzeln für alle Jobcenter und sonstigen SGB II-Träger angeben.

Antwort zu Frage Nr. 11:

Nach § 51b SGB II in Verbindung mit der dazu ergangenen Verordnung zur Erhebung der Daten vom 12. August 2010 (BGBl. I S. 1150) besteht erst seit dem Jahr 2011 die Pflicht zur Erhebung und Meldung statistischer Daten im Bereich der Rechtsbehelfsverfahren, wobei zur Datenübermittlung der zugelassenen kommunalen Träger an die Bundesagentur für Arbeit die notwendigen Schnittstellen zum Teil erst im Oktober 2011 in Betrieb genommen werden konnten. Die Erfassung nach Rechtsgebieten erfolgt daher in den gemeinsamen Einrichtungen und bei den zugelassenen kommunalen Trägern nicht einheitlich bzw. nicht in derselben Dichte. Die Landesregierung konnte über die Bundesagentur für Arbeit sowie die kommunalen Jobcenter Informationen zur Beantwortung der Fragen 11 bis 15 nur für die gemeinsamen Einrichtungen insgesamt sowie für einen Teil der zugelassenen kommunalen Träger und nur für das Jahr 2011 beschaffen.

Danach gingen im Jahr 2011 bei den Jobcentern des Landes - ohne die Jobcenter Landkreis Harz und Jobcenter Landkreis Saalekreis - 2.586 Widersprüche gegen Sanktionsbescheide ein. Für die Grundsicherung für Arbeitsuchende insgesamt wurden im Jahr 2011 in diesen Jobcentern 44.920 Widersprüche erfasst.

Frage Nr. 12:

Wie häufig wurde vor dem Sozialgericht vorläufiger Rechtsschutz gem. § 86b SGG beantragt und wie viele Anträge wurden positiv beschieden? Bitte einzeln für alle Jobcenter und sonstigen SGB II-Träger und auch als Vom-Hundert-Satz zur Gesamtzahl der Anträge angeben.

Antwort zu Frage Nr. 12:

Die Landesregierung interpretiert die Frage aus dem Sachzusammenhang. Danach können nur einstweilige Rechtsschutzverfahren gemeint sein, die Sanktionsentscheidungen der Jobcenter zum Gegenstand haben. Auf die Ausführungen zu Frage 11 wird verwiesen. Insgesamt wurden im Jahr 2011 gegen Sanktionsentscheidungen

der Jobcenter des Landes - mit Ausnahme der Jobcenter Landkreis Harz und Jobcenter Landkreis Saalekreis - in insgesamt 143 Fällen einstweiliger Rechtsschutz beantragt. Davon wurde in 21 Fällen (14,7 %) dem Antrag ganz oder teilweise stattgegeben. Insgesamt wurden in der Zuständigkeit der vorgenannten Jobcenter im Jahr 2011 1.539 Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz gestellt.

Frage Nr. 13:

Wie viele Widersprüche gegen Sanktionsbescheide hatten in Sachsen-Anhalt in den Jahren von 2007 bis 2011 Erfolg? Bitte einzeln für alle Jobcenter und sonstigen SGB II-Träger und auch als Vom-Hundert-Satz zur Gesamtzahl der Widersprüche angeben.

Antwort zu Frage Nr. 13:

Auf die Ausführungen zu Frage 11 wird verwiesen. Von den in der Antwort zu Frage Nr. 11 genannten 2.586 Widersprüchen waren 846 ganz oder teilweise für die Widerspruchsführer erfolgreich. Dies entspricht einer Quote von 32,7 %.

Frage Nr. 14:

Wie viele Klagen gegen Sanktionsbescheide wurden in Sachsen-Anhalt in den Jahren 2007 bis 2011 eingereicht? Bitte einzeln für alle Jobcenter und sonstigen SGB II-Träger angeben.

Antwort zu Frage Nr. 14:

Auf die Ausführungen zu Frage 11 wird verwiesen. Insgesamt wurden im Jahr 2011 gegen Sanktionsentscheidungen der Jobcenter des Landes - mit Ausnahme der Jobcenter Landkreis Harz und Jobcenter Landkreis Saalekreis - 185 Klagen erhoben. Für die Grundsicherung für Arbeitsuchende insgesamt waren im Jahr 2011 für diese Jobcenter 9.115 Klagen zu verzeichnen.

Frage Nr. 15:

Wie vielen Klagen gegen Sanktionsbescheide wurde ganz oder teilweise stattgegeben? Bitte einzeln für alle Jobcenter und sonstigen SGB II-Träger angeben für die Jahre 2007 bis 2011 und auch als Vom-Hundert-Satz zur Gesamtheit der Klagen angeben.

Antwort zu Frage Nr. 15:

Auf die Ausführungen zu Frage 11 wird verwiesen. Von den in der Antwort zu Frage Nr. 15 genannten 185 Klageverfahren waren 7 ganz oder teilweise erfolgreich. Dies entspricht einer Quote von 3,8 %. Die Aussagekraft ist hier jedoch stark relativiert, weil ein erheblicher Teil der Klageverfahren aus 2011 noch nicht abgeschlossen ist.

Frage Nr. 16:

Wie bewertet die Landesregierung den Umstand, dass die Sanktionierungsregeln gemäß § 31a Abs. 2 SGB II für unter 25-jährige Personen strenger sind als für über 25-Jährige und bereits nach einer Pflichtverletzung der Regelsatz komplett gestrichen wird?

Antwort zu Frage Nr. 16:

Erwerbsfähige Leistungsberechtigte unter 25 Jahren befinden sich an den für den künftigen beruflichen Werdegang entscheidenden Stellen des Übergangs von der Schule in die Ausbildung und von der Ausbildung in den Beruf. Hier ist es besonders

wichtig, einer Verfestigung der Hilfebedürftigkeit und der Gewöhnung an den Leistungsbezug unbedingt entgegen zu wirken. Zu Beginn des Berufslebens müssen die Weichen in Richtung des ersten Arbeitsmarktes gestellt werden. Der Bundesgesetzgeber hat daher für diese Jugendlichen besondere Regelungen im SGB II geschaffen, in denen der Wille zum Ausdruck kommt, diese intensiver als andere Personengruppen zu unterstützen und sie zu motivieren, diese Unterstützung auch anzunehmen und aktiv an ihrer Eingliederung in Arbeit mitzuwirken. Bei den jungen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist das Grundprinzip des „Förderns und Forderns“ dementsprechend in besonderer Art und Weise anzuwenden. Die strengeren Sanktionsregelungen bilden dabei die Seite des „Forderns“ ab. Für die Seite des „Förderns“ sieht § 3 Absatz 2 SGB II vor, dass junge Leistungsberechtigte unverzüglich nach Antragstellung auf Leistungen nach dem SGB II in eine Ausbildung oder Arbeit zu vermitteln sind. Wenn Leistungsberechtigte ohne Berufsabschluss nicht in eine Ausbildung vermittelt werden können, soll die vermittelte Arbeit auch zur Verbesserung ihrer beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten beitragen.

Darüber hinaus bestehen bei den unter 25-jährigen Leistungsberechtigten weitergehende Möglichkeiten der Abmilderung von Sanktionen als bei anderen Personengruppen, wenn diese sich nachträglich glaubhaft bereit erklären, bei ihrer Integration mitzuwirken. Insofern werden auch hier zusätzliche Anreize gesetzt. Dazu wird ergänzend auf die Antwort zu Frage Nr. 17 verwiesen.

Frage Nr. 17:

Wie bewertet die Landesregierung den Umstand, dass Pflichtverletzungen seitens eines erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zur Streichung des soziokulturellen Existenzminimums führen kann? Hält die Landesregierung dies für vereinbar mit dem Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz und dem Art. 20 Grundgesetz (Sozialstaatsgebot)?

Antwort zu Frage Nr. 17:

Aus der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland lässt sich kein Recht auf die Gewährung bedarfsunabhängiger, voraussetzungsloser Sozialleistungen ableiten (Bundesverfassungsgericht - BVerfG - vom 7. Juli 2010 - 1 BvR 2556/09). Das Grundrecht aus Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes (GG) in Verbindung mit Artikel 20 Absatz 1 GG gebietet ein Eingreifen des Staates zum Schutz der Menschenwürde nur dann, wenn und soweit andere Mittel zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums nicht zur Verfügung stehen. Folgerichtig kann von einer Person, die von der Gemeinschaft unterstützt wird, im Gegenzug verlangt werden, alles Zumutbare zu unternehmen, um ihren Lebensunterhalt selbst zu sichern. Die Mitwirkung der Leistungsberechtigten entspricht einem allgemeinen Prinzip im Sozialleistungsrecht, z. B. im Hinblick auf die Antragstellung, die wahrheitsgemäße Angabe von Tatsachen, die Erreichbarkeit, das persönliche Erscheinen bis hin zur Duldung von und zur Mitwirkung an Untersuchungen.

Bei der Ausgestaltung des Existenzminimums - dies betrifft auch den Umfang der Mitwirkungspflichten - ist dem Gesetzgeber nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 zur Bestimmung der Regelbedarfe („Regelsatzurteil“) ein Gestaltungsspielraum eingeräumt, der umso weiter ist, je weniger es um das für die Existenz des Menschen Erforderliche und je mehr es um gesellschaftliche Teilhabe geht. Darauf aufbauend hat er dem Mitwirkungsgebot für erwerbsfähige Leistungsberechtigte in der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhebliche Bedeutung verliehen, ein Umstand, der vor allem im Prinzip des „Förderns und Forderns“ zum Ausdruck kommt. Dadurch wird der Nachrang dieser staatlichen

Sozialleistung und der Vorrang der Selbsthilfe in besonderer Art und Weise betont. Die Gewährung von Grundsicherungsleistungen ist mithin davon abhängig, dass die oder der Leistungsberechtigte alle anderen (Selbst-) Hilfsmöglichkeiten ausgeschöpft haben muss. Die Sanktionsregelungen nach § 31 ff. SGB II sind dabei zentrale Normen. Sie bilden die Schnittstelle zwischen den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit und den Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes und flankieren die allgemeinen sowie speziellen Mitwirkungsverpflichtungen der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Aufgrund der vorgeschalteten Rechtsfolgenbelehrung - einer zwingenden Voraussetzung für den Eintritt einer Sanktion - ist auch sichergestellt, dass die Betroffenen nicht ohne Warnung Rechtsnachteilen ausgesetzt werden.

Die Sanktionsregelungen sehen neben der gestuften Minderung des Arbeitslosengeldes II die Möglichkeit vor, (ergänzende) Sachleistungen oder geldwerte Leistungen, sowie Direktzahlungen an Vermieter und z. B. Versorgungsdienstleister zu erbringen. Das Jobcenter hat derartige Leistungen zu gewähren, wenn Leistungsberechtigte mit minderjährigen Kindern im Haushalt leben. Daneben besteht die Möglichkeit, eine wegen einer wiederholten Pflichtverletzung eingetretene erhöhte Sanktion in eine geringere Sanktion abzumildern. So kann das Jobcenter bei unter 25-jährigen Bezieherinnen und Beziehern von Arbeitslosengeld II den vollständigen Wegfall der Leistungen wegen wiederholter Pflichtverletzung so weit abmildern, dass die Leistungen für Unterkunft und Heizung wieder erbracht werden. Dies ist konsequenterweise an die Bedingung geknüpft, dass sich die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person glaubhaft nachträglich bereit erklärt, nunmehr ihren Pflichten bei der Eingliederung in Arbeit nachzukommen. Eine vergleichbare Regelung existiert für erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die das 25. Lebensjahr vollendet haben. Hier kann der vollständige Wegfall der Leistungen in eine nur noch 60-prozentige Minderung abgemildert werden. Damit hat es die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person maßgeblich selbst in der Hand, durch ihre Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit im Eingliederungsprozess ihre finanzielle Situation wieder zu verbessern und insbesondere Wohnungslosigkeit zu vermeiden. Möglich ist es bei unter 25-jährigen Leistungsberechtigten ferner, die Minderung der Bedarfe nach den §§ 20 und 21 SGB II unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls von drei Monaten auf sechs Wochen zu verkürzen (§ 31b Absatz 1 Satz 4 SGB II).

Darüber hinaus ist die Übernahme von Mietschulden in der Grundsicherung für Arbeitsuchende in § 22 Absatz 8 SGB II geregelt.

Sanktionen gegenüber erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach ausgewählten Merkmalen

Jobcenter in Sachsen-Anhalt
Jahresdurchschnitte 2007 bis 2011

Für das Jobcenter Saalekreis liegen im Berichtsjahr 2008, für die Jobcenter Salzlandkreis und Anhalt-Bitterfeld im Berichtsjahr 2011 weniger als 10 zur Ermittlung eines Jahresdurchschnitts verwendbare Monatswerte zu Sanktionen vor. Deshalb kann kein Jahresdurchschnitt ausgewiesen werden. Das aktuelle Zuständigkeitsgebiet der Jobcenter wurde auf den gesamten Berichtszeitraum projiziert.

Jobcenter	Merkmale	2007	2008	2009	2010	2011
		Jahresdurchschnitt				
		1	2	3	4	5
Sachsen-Anhalt, 2008 ohne Jobcenter Saalekreis, 2011 ohne Jobcenter Salzlandkreis und ohne Jobcenter Anhalt-Bitterfeld	Bestand eLb ¹	297.565	257.383	263.544	251.724	190.920
	dar. mit mindestens einer Sanktion	5.779	5.420	5.890	6.722	5.437
	dar. mit anderen Personen in einer BG lebend	2.546	2.415	2.561	2.880	2.247
	mit Kindern	1.241	1.256	1.376	1.584	1.370
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	530	581	485	600	382
	dar. Bestand eLb unter 25 Jahren	60.603	49.122	46.252	41.240	28.890
	dar. mit mindestens einer Sanktion	2.336	1.958	1.947	2.100	1.461
	dar. mit Kindern	323	301	298	333	261
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	419	443	367	437	250
	Sanktionsquote	1,9	2,1	2,2	2,7	2,8
	Sanktionsquote unter 25 Jahren	3,9	4,0	4,2	5,1	5,1
JC Dessau-Roßlau	Bestand eLb ¹	10.987	10.420	9.951	9.499	8.861
	dar. mit mindestens einer Sanktion	216	189	189	215	222
	dar. mit anderen Personen in einer BG lebend	82	76	79	95	81
	mit Kindern	44	41	44	53	49
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	21	21	20	22	16
	dar. Bestand eLb unter 25 Jahren	2.230	1.963	1.742	1.560	1.361
	dar. mit mindestens einer Sanktion	88	71	71	81	61
	dar. mit Kindern	12	11	12	17	8
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	14	17	17	19	11
	Sanktionsquote	2,0	1,8	1,9	2,3	2,5
	Sanktionsquote unter 25 Jahren	3,9	3,6	4,1	5,2	4,5
JC Salzlandkreis	Bestand eLb ¹	30.857	28.862	27.315	26.136	x
	dar. mit mindestens einer Sanktion	472	526	428	447	x
	dar. mit anderen Personen in einer BG lebend	235	256	188	200	x
	mit Kindern	93	110	76	91	x
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	62	75	52	62	x
	dar. Bestand eLb unter 25 Jahren	6.252	5.424	4.655	4.280	x
	dar. mit mindestens einer Sanktion	208	210	181	179	x
	dar. mit Kindern	19	22	20	23	x
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	51	62	44	54	x
	Sanktionsquote	1,5	1,8	1,6	1,7	x
	Sanktionsquote unter 25 Jahren	3,3	3,9	3,9	4,2	x
JC Anhalt-Bitterfeld	Bestand eLb ¹	24.039	22.081	20.795	19.554	x
	dar. mit mindestens einer Sanktion	397	427	457	530	x
	dar. mit anderen Personen in einer BG lebend	196	209	212	250	x
	mit Kindern	85	101	109	125	x
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	27	42	37	42	x
	dar. Bestand eLb unter 25 Jahren	4.960	4.267	3.690	3.208	x
	dar. mit mindestens einer Sanktion	197	192	166	174	x
	dar. mit Kindern	27	34	28	25	x
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	24	37	34	33	x
	Sanktionsquote	1,7	1,9	2,2	2,7	x

Sanktionen gegenüber erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach ausgewählten Merkmalen

Jobcenter in Sachsen-Anhalt

Jahresdurchschnitte 2007 bis 2011

Für das Jobcenter Saalekreis liegen im Berichtsjahr 2008, für die Jobcenter Salzlandkreis und Anhalt-Bitterfeld im Berichtsjahr 2011 weniger als 10 zur Ermittlung eines Jahresdurchschnitts verwendbare Monatswerte zu Sanktionen vor. Deshalb kann kein Jahresdurchschnitt ausgewiesen werden. Das aktuelle Zuständigkeitsgebiet der Jobcenter wurde auf den gesamten Berichtszeitraum projiziert.

Jobcenter	Merkmale	2007	2008	2009	2010	2011
		Jahresdurchschnitt				
		1	2	3	4	5
	Sanktionsquote unter 25 Jahren	4,0	4,5	4,5	5,4	x
JC Harz	Bestand eLb ¹	27.252	25.664	24.363	23.256	21.407
	dar. mit mindestens einer Sanktion	499	512	710	829	476
	dar. mit anderen Personen in einer BG lebend	216	230	314	372	212
	mit Kindern	98	122	172	205	124
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	42	53	70	81	36
	dar. Bestand eLb unter 25 Jahren	5.337	4.708	4.078	3.683	3.111
	dar. mit mindestens einer Sanktion	230	208	253	276	150
	dar. mit Kindern	29	31	40	49	26
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	36	44	55	63	28
	Sanktionsquote	1,8	2,0	2,9	3,6	2,2
	Sanktionsquote unter 25 Jahren	4,3	4,4	6,2	7,5	4,8
JC Halle (Saale), Stadt	Bestand eLb ¹	32.296	30.846	29.497	28.712	27.386
	dar. mit mindestens einer Sanktion	981	875	778	833	864
	dar. mit anderen Personen in einer BG lebend	404	357	292	312	329
	mit Kindern	236	217	174	185	205
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	65	78	57	72	54
	dar. Bestand eLb unter 25 Jahren	6.669	5.997	5.346	4.824	4.320
	dar. mit mindestens einer Sanktion	289	208	196	198	188
	dar. mit Kindern	41	32	28	28	28
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	54	47	37	42	33
	Sanktionsquote	3,0	2,8	2,6	2,9	3,2
	Sanktionsquote unter 25 Jahren	4,3	3,5	3,7	4,1	4,4
JC Magdeburg, Landeshauptstadt	Bestand eLb ¹	30.153	29.107	27.874	27.387	25.777
	dar. mit mindestens einer Sanktion	850	802	892	1.053	1.110
	dar. mit anderen Personen in einer BG lebend	333	331	361	409	428
	mit Kindern	166	175	201	229	263
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	97	105	69	95	89
	dar. Bestand eLb unter 25 Jahren	6.157	5.557	4.901	4.470	3.972
	dar. mit mindestens einer Sanktion	351	274	269	290	281
	dar. mit Kindern	54	45	38	38	42
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	74	82	51	64	53
	Sanktionsquote	2,8	2,8	3,2	3,8	4,3
	Sanktionsquote unter 25 Jahren	5,7	4,9	5,5	6,5	7,1
JC Jerichower Land	Bestand eLb ¹	11.134	10.463	9.852	9.282	8.262
	dar. mit mindestens einer Sanktion	169	197	235	257	317
	dar. mit anderen Personen in einer BG lebend	70	93	111	122	148
	mit Kindern	32	50	64	74	92
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	15	19	18	31	33
	dar. Bestand eLb unter 25 Jahren	2.403	2.094	1.834	1.567	1.258
	dar. mit mindestens einer Sanktion	86	82	75	85	86
	dar. mit Kindern	7	11	15	15	18
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	13	15	11	20	19

Sanktionen gegenüber erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach ausgewählten Merkmalen

Jobcenter in Sachsen-Anhalt
Jahresdurchschnitte 2007 bis 2011

Für das Jobcenter Saalekreis liegen im Berichtsjahr 2008, für die Jobcenter Salzlandkreis und Anhalt-Bitterfeld im Berichtsjahr 2011 weniger als 10 zur Ermittlung eines Jahresdurchschnitts verwendbare Monatswerte zu Sanktionen vor. Deshalb kann kein Jahresdurchschnitt ausgewiesen werden. Das aktuelle Zuständigkeitsgebiet der Jobcenter wurde auf den gesamten Berichtszeitraum projiziert.

Jobcenter	Merkmale	2007	2008	2009	2010	2011
		Jahresdurchschnitt				
		1	2	3	4	5
	Sanktionsquote	1,5	1,9	2,4	2,8	3,8
	Sanktionsquote unter 25 Jahren	3,6	3,9	4,1	5,4	6,8
JC Börde	Bestand eLb ¹	17.416	15.902	15.052	14.294	12.938
	dar. mit mindestens einer Sanktion	376	361	295	287	326
	dar. mit anderen Personen in einer BG lebend	167	157	130	123	134
	mit Kindern	80	79	68	69	76
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	47	54	33	32	28
	dar. Bestand eLb unter 25 Jahren	3.510	2.955	2.624	2.319	1.904
	dar. mit mindestens einer Sanktion	169	140	110	111	97
	dar. mit Kindern	25	24	16	23	18
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	36	39	26	23	18
	Sanktionsquote	2,2	2,3	2,0	2,0	2,5
	Sanktionsquote unter 25 Jahren	4,8	4,7	4,2	4,8	5,1
JC Saalekreis	Bestand eLb ¹	22.205	x	19.880	18.794	17.647
	dar. mit mindestens einer Sanktion	265	x	387	494	306
	dar. mit anderen Personen in einer BG lebend	127	x	179	211	129
	mit Kindern	61	x	105	113	84
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	43	x	25	31	8
	dar. Bestand eLb unter 25 Jahren	4.340	x	3.386	2.929	2.610
	dar. mit mindestens einer Sanktion	83	x	80	110	51
	dar. mit Kindern	12	x	12	15	10
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	30	x	18	23	5
	Sanktionsquote	1,2	x	1,9	2,6	1,7
	Sanktionsquote unter 25 Jahren	1,9	x	2,4	3,8	2,0
JC Burgenlandkreis	Bestand eLb ¹	26.089	24.316	22.667	21.273	19.468
	dar. mit mindestens einer Sanktion	474	435	437	486	471
	dar. mit anderen Personen in einer BG lebend	207	195	195	212	202
	mit Kindern	102	100	101	121	125
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	39	43	29	27	23
	dar. Bestand eLb unter 25 Jahren	5.392	4.694	4.071	3.541	2.935
	dar. mit mindestens einer Sanktion	200	165	164	152	132
	dar. mit Kindern	30	27	26	29	28
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	31	29	22	20	14
	Sanktionsquote	1,8	1,8	1,9	2,3	2,4
	Sanktionsquote unter 25 Jahren	3,7	3,5	4,0	4,3	4,5
JC Mansfeld-Südharz	Bestand eLb ¹	21.592	19.550	18.262	17.508	16.235
	dar. mit mindestens einer Sanktion	418	380	295	319	324
	dar. mit anderen Personen in einer BG lebend	211	190	138	141	140
	mit Kindern	104	96	77	83	83
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	27	44	25	32	27
	dar. Bestand eLb unter 25 Jahren	4.350	3.639	3.083	2.749	2.341
	dar. mit mindestens einer Sanktion	160	132	97	106	93
	dar. mit Kindern	26	22	15	16	14

Sanktionen gegenüber erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach ausgewählten Merkmalen

Jobcenter in Sachsen-Anhalt
Jahresdurchschnitte 2007 bis 2011

Für das Jobcenter Saalekreis liegen im Berichtsjahr 2008, für die Jobcenter Salzlandkreis und Anhalt-Bitterfeld im Berichtsjahr 2011 weniger als 10 zur Ermittlung eines Jahresdurchschnitts verwendbare Monatswerte zu Sanktionen vor. Deshalb kann kein Jahresdurchschnitt ausgewiesen werden. Das aktuelle Zuständigkeitsgebiet der Jobcenter wurde auf den gesamten Berichtszeitraum projiziert.

Jobcenter	Merkmale	2007	2008	2009	2010	2011
		Jahresdurchschnitt				
		1	2	3	4	5
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	19	32	15	21	18
	Sanktionsquote	1,9	1,9	1,6	1,8	2,0
	Sanktionsquote unter 25 Jahren	3,7	3,6	3,1	3,9	4,0
JC Stendal	Bestand eLb ¹	18.158	16.672	15.689	14.714	13.702
	dar. mit mindestens einer Sanktion	296	324	330	440	462
	dar. mit anderen Personen in einer BG lebend	132	144	160	205	208
	mit Kindern	64	76	76	106	121
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	15	15	17	31	34
	dar. Bestand eLb unter 25 Jahren	3.918	3.372	2.941	2.620	2.246
	dar. mit mindestens einer Sanktion	126	129	134	175	180
	dar. mit Kindern	19	22	21	29	41
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	12	12	13	24	27
	Sanktionsquote	1,6	1,9	2,1	3,0	3,4
	Sanktionsquote unter 25 Jahren	3,2	3,8	4,6	6,7	8,0
JC Altmarkkreis Salzwedel	Bestand eLb ¹	9.785	9.270	8.445	7.725	6.881
	dar. mit mindestens einer Sanktion	124	165	170	260	262
	dar. mit anderen Personen in einer BG lebend	55	70	70	113	110
	mit Kindern	28	34	35	65	67
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	8	10	7	15	16
	dar. Bestand eLb unter 25 Jahren	2.026	1.874	1.569	1.346	1.067
	dar. mit mindestens einer Sanktion	48	72	70	72	65
	dar. mit Kindern	8	9	10	11	14
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	6	9	6	12	12
	Sanktionsquote	1,3	1,8	2,0	3,4	3,8
	Sanktionsquote unter 25 Jahren	2,4	3,8	4,5	5,3	6,1
JC Wittenberg	Bestand eLb ¹	15.602	14.230	13.902	13.590	12.356
	dar. mit mindestens einer Sanktion	242	227	287	272	297
	dar. mit anderen Personen in einer BG lebend	111	107	132	115	126
	mit Kindern	48	55	74	65	81
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	22	22	26	27	18
	dar. Bestand eLb unter 25 Jahren	3.059	2.578	2.332	2.144	1.765
	dar. mit mindestens einer Sanktion	101	75	81	91	77
	dar. mit Kindern	14	11	17	15	14
	ALG-II-Zahlung komplett eingestellt ²	19	18	18	19	12
	Sanktionsquote	1,6	1,6	2,1	2,0	2,4
	Sanktionsquote unter 25 Jahren	3,3	2,9	3,5	4,2	4,4

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

¹ Berücksichtigt wurden nur Monate mit plausiblen Angaben. Angaben können daher von den veröffentlichten Eckwerten abweichen.

² Sanktionsbetrag größer oder gleich laufender Leistungsanspruch.

Anzahl neu festgestellter Sanktionen nach Gründen seit Jahresbeginn ¹⁾

Sachsen-Anhalt nach Kreisen
Berichtsmonate Januar bis Dezember 2007

Regionen	Anzahl im Berichtsjahr neu festgestellter Sanktionen	davon:										
		Weigerung Abschluß von Einglieder- ungsvertrag	Verletzung Pflichten des Einglieder- ungsvertrags	Weigerung zumutbare Arbeit, Ausbildung,Arbeits- gelegenheit oder sonstige vereinbarte Maßnahmen aufzunehmen, aus- oder fortzuführen	Weigerung Aufnahme von zumutbarer Arbeit	Abbruch Einglieder- ungsmaß- nahme	Versäumnis: Meldung	Versäumnis: ärztliche bzw. psychologisc he Unter- suchung	Minderung des Ein- kommens bzw. Vermögens	Fortsetzung unwirt- schaftlichen Verhaltens	festge- stellte Sperrzeit	be- gründete Sperrzeit
		§ 31 Abs. 1 Nr. 1a	§ 31 Abs. 1 Nr. 1b	§ 31 Abs. 1 Nr. 1c	§ 31 Abs. 1 Nr. 1d	§ 31 Abs. 1 Nr. 2	§ 31 Abs. 2 SGBII / AA	§ 31 Abs. 2 SGBII / ÄD,PD	§ 31 Abs. 4 Nr. 1	§ 31 Abs. 4 Nr. 2	§ 31 Abs. 4 Nr. 3a	§ 31 Abs. 4 Nr. 3b
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Sachsen-Anhalt	38.316	311	5.797	5.364	196	1.681	22.930	247	113	28	455	471
Dessau-Roßlau	1.690	13	290	157	18	31	1.090	4	4	0	12	31
Halle (Saale), Stadt	6.626	10	1.506	619	15	315	3.932	35	12	*	59	68
Magdeburg, Landeshauptstadt	6.710	14	828	1.462	28	188	3.989	41	9	*	38	55
Altmarkkreis Salzwedel	776	*	86	116	5	47	439	11	*	0	23	23
Anhalt-Bitterfeld	2.694	10	383	349	8	126	1.705	11	5	0	44	18
Börde	2.684	10	406	309	21	84	1.742	10	*	3	33	20
Burgenlandkreis	3.223	16	319	339	12	97	2.191	27	16	0	17	53
Harz	3.181	50	263	490	20	226	1.806	41	16	7	42	63
Jerichower Land	1.101	4	89	200	6	72	656	5	0	0	28	17
Mansfeld-Südharz	2.860	12	755	201	10	181	1.558	12	12	*	44	27
Saalekreis	1.114	*	79	164	*	42	787	*	0	0	15	16
Salzlandkreis	1.914	152	379	288	23	96	828	29	15	8	43	34
Stendal	1.935	4	152	367	22	117	1.197	10	*	*	17	11
Wittenberg	1.409	9	202	247	5	41	771	6	20	4	35	30

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

*) Daten aus der Statistik sind Sozialdaten und unterliegen dem Sozialdatenschutz. Aus diesem Grunde werden Zahlenwerte kleiner als 3 anonymisiert.

¹⁾ Es werden nur Kreise ausgewiesen, welche im gesamten Jahr immer vollständig und plausibel waren.

Anzahl neu festgestellter Sanktionen nach Gründen seit Jahresbeginn ¹⁾

Sachsen-Anhalt nach Kreisen

Berichtsmonate Januar bis Dezember 2008

Regionen	Anzahl im Berichtsjahr neu festgestellter Sanktionen	davon:										
		Weigerung Abschluß von Eingliederungsvertrag	Verletzung Pflichten des Eingliederungsvertrags	Weigerung zumutbare Arbeit, Ausbildung,Arbeits-gelegenheit oder sonstige vereinbarte Maßnahmen aufzunehmen, aus-oder fortzuführen	Weigerung Aufnahme von zumutbarer Arbeit	Abbruch Eingliederungsmaß-nahme	Versäumnis: Meldung	Versäumnis: ärztliche bzw. psychologische Unter-suchung	Minderung des Ein-kommens bzw. Vermögens	Fortsetzung unwirt-schaftlichen Verhaltens	festge-stellte Sperrzeit	be-gründete Sperrzeit
		§ 31 Abs. 1 Nr. 1a	§ 31 Abs. 1 Nr. 1b	§ 31 Abs. 1 Nr. 1c	§ 31 Abs. 1 Nr. 1d	§ 31 Abs. 1 Nr. 2	§ 31 Abs. 2 SGBII / AA	§ 31 Abs. 2 SGBII / ÄD,PD	§ 31 Abs. 4 Nr. 1	§ 31 Abs. 4 Nr. 2	§ 31 Abs. 4 Nr. 3a	§ 31 Abs. 4 Nr. 3b
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Sachsen-Anhalt	34.030	238	5.578	4.966	451	1.035	19.664	209	124	33	400	522
Dessau-Roßlau	1.183	7	229	128	20	10	720	*	3	*	12	26
Halle (Saale)	5.378	12	1.230	634	44	90	3.174	30	16	0	48	72
Magdeburg	5.273	12	876	1.257	56	121	2.786	19	10	*	30	47
Altmarkkreis Salzwedel	1.021	*	89	105	6	49	665	4	3	0	31	23
Anhalt-Bitterfeld	2.628	7	373	390	8	94	1.652	8	3	0	28	20
Börde	2.326	5	318	324	8	68	1.490	7	*	0	20	30
Burgenlandkreis	2.706	14	238	313	26	67	1.774	8	7	*	41	48
Harz	3.089	20	322	427	23	123	1.776	41	10	3	36	116
Jerichower Land	1.303	4	203	188	3	35	810	7	*	0	15	12
Mansfeld-Südharz	2.257	12	628	234	3	114	1.144	15	12	5	22	36
Saalekreis	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Salzlandkreis	2.809	137	528	356	129	130	1.343	46	16	18	48	50
Stendal	1.850	4	194	250	111	85	1.092	8	3	0	9	20
Wittenberg	1.471	*	277	242	10	24	770	11	36	4	43	15

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

*) Daten aus der Statistik sind Sozialdaten und unterliegen dem Sozialdatenschutz. Aus diesem Grunde werden Zahlenwerte kleiner als 3 anonymisiert.

¹⁾ Es werden nur Kreise ausgewiesen, welche im gesamten Jahr immer vollständig und plausibel waren.

Anzahl neu festgestellter Sanktionen gegenüber erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (eHb) nach Gründen seit Jahresbeginn ¹⁾

Sachsen-Anhalt nach Kreisen

Berichtsmonate Januar bis Dezember 2009

Regionen	Anzahl im Berichtsjahr neu festgestellter Sanktionen	davon:										
		Weigerung Abschluß einer Eingliederungsvereinbarung	Verletzung Pflichten der Eingliederungsvereinbarung	Weigerung zumutbare Arbeit, Ausbildung, Arbeitsgelegenheit oder sonstige vereinbarte Maßnahmen aufzunehmen, aus- oder fortzuführen	Weigerung zumutbare Arbeit nach § 16 (3) S. 2 auszuführen	Abbruch Eingliederungsmaßnahme	Versäumnis: Meldung	Versäumnis: ärztliche bzw. psychologische Untersuchung	Minderung des Einkommens bzw. Vermögens	Fortsetzung unwirtschaftlichen Verhaltens	festgestellte Sperrzeit	be- gründete Sperrzeit
		§ 31 Abs. 1 Nr. 1a	§ 31 Abs. 1 Nr. 1b	§ 31 Abs. 1 Nr. 1c	§ 31 Abs. 1 Nr. 1d	§ 31 Abs. 1 Nr. 2	§ 31 Abs. 2 SGBII / AA	§ 31 Abs. 2 SGBII / AD,PD	§ 31 Abs. 4 Nr. 1	§ 31 Abs. 4 Nr. 2	§ 31 Abs. 4 Nr. 3a ²⁾	§ 31 Abs. 4 Nr. 3b
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Sachsen-Anhalt	33.878	88	5.083	4.235	428	961	21.554	193	126	9	713	488
Dessau-Roßlau	1.274	4	222	130	26	6	819	7	7	0	38	15
Halle (Saale), Stadt	4.860	11	1.078	404	41	80	3.040	21	23	*	101	59
Magdeburg, Landeshauptstadt	5.676	5	775	916	38	89	3.659	29	13	0	89	63
Altmarkkreis Salzwedel	1.061	*	53	148	10	60	734	8	*	0	16	29
Anhalt-Bitterfeld	2.793	5	385	337	28	92	1.851	12	3	*	45	34
Börde	1.932	*	312	187	16	39	1.259	6	*	0	66	44
Burgenlandkreis	2.847	7	230	431	16	46	1.976	20	9	0	54	58
Harz	4.059	38	439	663	46	181	2.503	44	8	*	82	53
Jerichower Land	1.641	*	289	187	7	61	1.032	10	4	*	24	24
Mansfeld-Südharz	1.899	4	431	162	9	111	1.062	17	12	3	50	38
Saalekreis	2.062	0	204	121	7	131	1.520	5	*	0	47	25
Salzlandkreis	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stendal	1.934	0	288	294	173	46	1.068	6	14	0	25	20
Wittenberg	1.840	10	377	255	11	19	1.031	8	27	0	76	26

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

^{*)} Die erhobenen Daten unterliegen grundsätzlich der Geheimhaltung nach § 16 BStAG. Eine Übermittlung von Einzelangaben ist daher ausgeschlossen. Aus diesem Grund werden bei den Ihnen zur Verfügung gestellten Daten auch Zahlenwerte kleiner 3 anonymisiert oder zu Gruppen zusammengefasst

¹⁾ Es werden nur Kreise ausgewiesen, welche im gesamten Jahr immer vollständig und plausibel waren.

²⁾ ab dem Berichtsmonat Juli 2009 sind unter § 31 Abs. 4 Nr. 3a auch die Sanktionen aufgrund verkürzter Sperrzeit nach § 144 Abs. 6 SGB III enthalten

Anzahl neu festgestellter Sanktionen gegenüber erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (eHb) nach Gründen seit Jahresbeginn ¹⁾

Sachsen-Anhalt nach Kreisen

Berichtsmonate Januar bis Dezember 2010

Regionen	Anzahl im Berichtsjahr neu festgestellter Sanktionen	davon:										
		Weigerung Abschluß einer Eingliederungsvereinbarung	Verletzung Pflichten der Eingliederungsvereinbarung	Weigerung zumutbare Arbeit, Ausbildung, Arbeitsgelegenheit oder sonstige vereinbarte Maßnahmen aufzunehmen, aus- oder fortzuführen ³⁾	Weigerung zumutbare Arbeit nach § 16 (3) S. 2 auszuführen	Abbruch Eingliederungsmaßnahme	Versäumnis: Meldung	Versäumnis: ärztliche bzw. psychologische Untersuchung	Minderung des Einkommens bzw. Vermögens	Fortsetzung unwirtschaftlichen Verhaltens	festgestellte Sperrzeit	be-gründete Sperrzeit
		§ 31 Abs. 1 Nr. 1a	§ 31 Abs. 1 Nr. 1b	§ 31 Abs. 1 Nr. 1c	§ 31 Abs. 1 Nr. 1d	§ 31 Abs. 1 Nr. 2	§ 31 Abs. 2 SGBII / AA	§ 31 Abs. 2 SGBII / ÄD,PD	§ 31 Abs. 4 Nr. 1	§ 31 Abs. 4 Nr. 2	§ 31 Abs. 4 Nr. 3a ²⁾	§ 31 Abs. 4 Nr. 3b
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Sachsen-Anhalt	41.616	105	6.964	4.841	655	1.017	26.435	228	105	9	713	545
Dessau-Roßlau	1.555	*	241	120	30	11	1.110	0	4	0	20	18
Halle (Saale)	5.731	26	1.487	326	72	66	3.584	18	16	0	69	67
Magdeburg	6.769	*	1.031	889	49	108	4.456	35	13	0	130	57
Altmarkkreis Salzwedel	1.502	3	118	228	9	74	1.015	11	*	0	9	34
Anhalt-Bitterfeld	3.168	3	521	287	53	81	2.126	13	*	*	51	31
Börde	1.967	*	346	127	30	38	1.328	10	*	0	45	40
Burgenlandkreis	2.910	6	235	625	3	34	1.905	12	16	0	46	28
Harz	3.481	0	275	696	25	147	2.195	19	5	*	63	54
Jerichower Land	1.901	0	355	186	8	31	1.258	11	*	0	38	13
Mansfeld-Südharz	2.040	12	428	196	9	105	1.174	13	5	4	45	49
Saalekreis	2.575	0	486	112	31	85	1.771	5	0	0	37	48
Salzlandkreis	2.345	33	545	343	90	108	1.094	19	16	0	60	37
Stendal	2.738	3	372	427	223	65	1.577	12	10	*	21	27
Wittenberg	1.746	3	301	195	8	31	1.074	15	13	0	69	37

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

*) Die erhobenen Daten unterliegen grundsätzlich der Geheimhaltung nach § 16 BStG. Eine Übermittlung von Einzelangaben ist daher ausgeschlossen. Aus diesem Grund werden bei den Ihnen zur Verfügung gestellten Daten auch Zahlenwerte kleiner 3 anonymisiert oder zu Gruppen zusammengefasst

¹⁾ Es werden nur Kreise ausgewiesen, welche im gesamten Jahr immer vollständig und plausibel waren.

²⁾ ab dem Berichtsmonat Juli 2009 sind unter § 31 Abs. 4 Nr. 3a auch die Sanktionen aufgrund verkürzter Sperrzeit nach § 144 Abs. 6 SGB III enthalten

³⁾ ab dem Berichtsmonat Februar 2010 sind unter § 31 Abs. 1 Nr. 1c auch die Sanktionen aufgrund von Weigerung der Aufnahme bzw. Fortführung einer Arbeit mit Beschäftigungszuschuss enthalten

Anzahl neu festgestellter Sanktionen gegenüber erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) nach Gründen seit Jahresbeginn¹⁾

Sachsen-Anhalt nach Kreisen

Berichtsmonate Januar bis Dezember 2011

Hinweis: Seit Einführung des Regelleistungsanpassungsgesetzes im April 2011 gelten neue Rechtsvorschriften für Sanktionen. Derzeit können sowohl Sanktionen nach neuer sowie nach alter Rechtsgrundlage vorliegen. Daher können bestimmte Verstöße in Zusammenhang mit Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit nicht trennscharf abgebildet werden und werden daher zusammengefasst dargestellt.

Regionen	Anzahl im Berichtsjahr neu festgestellter Sanktionen	davon:							
		Weigerung Erfüllung der Pflichten der Eingliederungsvereinbarung	Weigerung Aufnahme oder Fortführung einer Arbeit, Ausbildung oder Maßnahme	Meldever-säumnis beim Träger	Meldever-säumnis beim ärztlichen oder psychologischen Dienst	Verminderung von Einkommen bzw. Vermögen	Fortsetzung unwirtschaftlichen Verhaltens	Eintritt einer Sperrzeit oder Erlöschen des Anspruchs nach dem SGB III	Erfüllung der Voraussetzung für Eintritt einer Sperrzeit nach dem SGB III
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Sachsen-Anhalt	39.739	6.321	5.770	26.247	250	86	13	566	485
Dessau-Roßlau	1.885	232	151	1.465	9	0	0	15	13
Halle (Saale)	5.898	1.305	565	3.873	32	7	0	58	58
Magdeburg	7.772	1.156	1.016	5.381	25	7	*	111	75
Altmarkkreis Salzwedel	1.581	178	275	1.073	4	3	*	5	42
Anhalt-Bitterfeld	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Börde	2.411	377	322	1.585	5	*	0	72	49
Burgenlandkreis	2.889	294	685	1.816	11	18	*	37	26
Harz	2.687	278	484	1.750	104	11	3	39	18
Jerichower Land	2.387	454	218	1.659	4	*	*	34	16
Mansfeld-Südharz	2.055	472	292	1.175	13	7	0	44	52
Saalekreis	1.322	217	135	918	5	*	0	28	18
Salzlandkreis	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stendal	2.935	386	703	1.798	6	7	0	12	23
Wittenberg	1.940	294	273	1.290	11	11	0	31	30

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

*) Die erhobenen Daten unterliegen grundsätzlich der Geheimhaltung nach § 16 BStatG. Eine Übermittlung von Einzelangaben ist daher ausgeschlossen. Aus diesem Grund werden bei den Ihnen zur Verfügung gestellten Daten auch Zahlenwerte kleiner 3 anonymisiert oder zu Gruppen zusammengefasst

¹⁾ Es werden nur Kreise ausgewiesen, welche im gesamten Jahr immer vollständig und plausibel waren.

Kooperationsvereinbarung

zwischen der

Arbeitsgemeinschaft / AAgAw x-Stadt
vertreten durch den Geschäftsführer.....

und

dem Jugendamt/ dem Bezirksamt/ ...x-Stadt
vertreten durch

I. Präambel

Die Förderung der beruflichen und sozialen Integration sowie der Ausgleich sozialer Benachteiligungen und die Überwindung individueller Beeinträchtigungen sind gemeinsame Aufgaben der Jugendhilfe und der Träger der Grundsicherung. In § 18 SGB II und in § 81 SGB VIII ist deshalb die Verpflichtung zur Zusammenarbeit verankert. Gemeinsames Ziel ist, es die intensive und an der individuellen Problemlage ausgerichtete Betreuung und Förderung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger unter 25 Jahren effektiv umzusetzen.

II. Gegenstand und Gestaltung der Kooperation

Die Leistungen nach dem SGB II und dem SGB VIII sollen nicht nebeneinander angeboten werden, sondern in enger Abstimmung zwischen der örtlichen ARGE/AAgAw und dem Jugendamt ineinander greifen. Erhält ein Jugendlicher sowohl Leistungen nach dem SGB II als auch nach dem SGB VIII, erfolgen eine enge Zusammenarbeit und ein ständiger Austausch zwischen der ARGE/AAgAw und dem Jugendamt.

Die Leistungen der Jugendhilfe nach dem SGB VIII sind grundsätzlich vorrangig vor den Leistungen nach SGB II. Leistungen nach § 2 Abs. 2 und §§ 14-16 SGB II gehen jedoch den Leistungen des SGB VIII vor.

In den Fällen, in denen der Ausgleich sozialer Benachteiligungen im Vordergrund steht und die soziale Integration bzw. Festigung der Lebensverhältnisse des jungen Menschen das vorrangige Ziel der Hilfe darstellen, besteht weiterhin ein Handlungsbedarf im Rahmen der Jugendsozialarbeit. Dies gilt für alle jungen Menschen, auch wenn sie gleichzeitig leistungsberechtigt nach dem SGB II sind.

Felder der Zusammenarbeit sind

auf der institutionell strategischen Ebene

- a) Zu aktuellen Entwicklungen und Planungen finden zweimal jährlich Abstimmungsgespräche statt. Teilnehmer sind der Geschäftsführer sowie persönliche Ansprechpartner/Fallmanager U 25 der ARGE/AAgAw, der Leiter des Jugendamtes und die Sachgebietsleiter der Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit

sowie der Hilfe zur Erziehung. Bei Bedarf können weitere Akteure (z.B. Jugendmigrationsdienst, Kompetenzagentur, Drogenberatung) hinzugezogen werden.

- b) Mindestens einmal jährlich findet eine gemeinsame Besprechung zum Thema Kinderschutz/Kindeswohlgefährdung statt, in denen Informationen ausgetauscht und Kriterien für die Information des Jugendamtes definiert werden.
- c) Einmal jährlich führen ARGE/AAGAw und Jugendamt eine Jugendkonferenz durch.
- d) Die Jugendhilfe wird auf der kommunalen Seite der Trägerversammlung ARGE institutionell beteiligt. (Alternativ: eine Beteiligung im ARGE/Beirat wird sichergestellt.) Vertreter der ARGE/AAGAw werden in die Jugendhilfeausschüsse und/oder in die Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII eingebunden.
- e) Bei dem jährlich zu erstellenden Jugendprogramm der ARGE/AAGAw und bei der Jugendhilfeplanung werden die Partner jeweils beteiligt.

auf der operationalen/ der Fallebene

- a) Die Verständigung beider Partner erfolgt in Problemfällen bei Bedarf und/oder auf Wunsch des Jugendlichen. Zur gemeinsamen Abstimmung werden Fallkonferenzen durchgeführt bzw. wird der Fallmanager an der Hilfeplangestaltung nach § 36 SGB VIII beteiligt.
- b) Auf Wunsch des Jugendamtes und mit Einverständnis des Jugendlichen informiert die ARGE/AAGAw vor dem Eintritt von Sanktionen das zuständige Jugendamt (zum Beispiel bei alleinerziehenden Müttern).
- c) Bei Uneinigkeit über die Frage der Erwerbsfähigkeit von Jugendlichen unter 25 Jahren kann ein Vertreter des Jugendamtes als Sachverständiger zur Sitzung der Einigungsstelle hinzugezogen werden. Die Entscheidung dazu obliegt dem Vorsitzenden der Einigungsstelle.
- d) Bei der Vermittlung von jungen Müttern wird durch das Jugendamt kurzfristig ein entsprechender Betreuungsplatz in einer Kindertagesstätte/Tagespflege zur Verfügung gestellt.
- e) Im Bedarfsfall fertigt das Jugendamt Stellungnahmen zur Frage der Notwendigkeit einer eigenen Wohnung bei unter 25-jährigen an, wenn schwerwiegende Härtefälle vorliegen. (siehe hierzu „Empfehlungen des Deutschen Vereins zu § 22 Abs. 2a SGB II vom 6. Dezember 2006)
- f) Bei der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten in der Kinder- und Jugendhilfe ist das Jugendamt zu beteiligen.
- g) Zum Thema Unterhalt wird eine gemeinsame Verfahrensregelung erarbeitet.

III. Ansprechpartner

Verbindliche Ansprechpartner sind:

für die ARGE/ AAgAw:

- der Geschäftsführer: (Name und Telefonnummer)
- der stellvertretende Geschäftsführer: (Name und Telefonnummer)
- die Fallmanager des U 25 Teams: (Namen und Telefonnummern)
- der Teamleiter Markt und Integration: (Name und Telefonnummer)

für das Jugendamt:

- der Amtsleiter: (Name und Telefonnummer)
- die Sachgebietsleiterin sozialpädagogischer Dienst: (Name und Telefonnummer)
- die Sachgebietsleiterin Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit (Name und Telefonnummer)
- die Sachgebietsleiterin Kindertagesstättenbetreuung (Name und Telefonnummer)

IV. Fortbildung, Hospitation

Die gegenseitige Information der Fachkräfte über Aufgaben, Arbeitsabläufe, Rechtsgrundlagen, Erreichbarkeit etc. muss gewährleistet sein. Dies kann durch Teilnahme an Dienstbesprechungen, durch gegenseitige Hospitation oder durch gemeinsam durchgeführte Fortbildungsveranstaltungen erfolgen. Dies gilt insbesondere für neue Mitarbeiter. Ein Pflichtthema ist dabei der Kinderschutz.

V. Datenschutz

Die Jugendlichen und ihre Eltern sind bei der gesamten Hilfe-/Integrationsplanung zu beteiligen. Für die gegenseitige Übermittlung von Daten gelten die Vorschriften zum Schutz der Sozialdaten des SGB I, SGB II, SGB VIII und SGB X.

Die Jugendlichen und ihre Eltern sind darüber zu informieren, wer zu welchem Zweck mit wem zusammenarbeitet.

Eine schriftliche Einverständniserklärung der Eltern und des Jugendlichen bzw. des jungen Volljährigen bezüglich der Übermittlung von Sozialdaten an den jeweils anderen Leistungsträger wird auch dann angestrebt, wenn die Übermittlung der Daten nach § 69 SGB X zulässig ist.

VI. Allgemeiner Grundsatz

Die Vertragspartner legen ihrem Verwaltungshandeln und ihrer Zusammenarbeit die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, der Sparsamkeit, der Rechtmäßigkeit und der Leistungsfähigkeit zugrunde. Nach dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit ist die günstigste Relation zwischen dem verfolgten Zweck und den einzusetzenden Mitteln anzustreben.

VII. Inkrafttreten und Dauer

Die Vereinbarung tritt mit dem Tag der Unterzeichnung in Kraft. Sie gilt bis zum 31.12.2009. Sie verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn sie nicht ein halbes Jahr vorher von einer der Vereinbarungsparteien gekündigt wird.

x-Stadt, Tag, Monat, Jahr

Geschäftsführer der ARGE/AAgAw

Leiter des Jugendamtes